

Kölner Erklärung

Geschrieben von: Administrator

Mittwoch, den 03. September 2008 um 09:35 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 03. September 2008 um 09:38 Uhr

Bitte [unterschreiben](#) Sie folgenden Text:

Am 13. August 2008 fand im Kölner Domforum eine Veranstaltung des Katholischen Bildungswerkes und der Kölner Bahá'í -Gemeinde statt, um über die Situation der Bahá'í im Iran zu informieren. Die Bundestagsabgeordnete Lale Akgün (SPD) sprach an diesem Abend ebenso wie der Schriftsteller und Publizist Günter Wallraff sowie der Beauftragte für auswärtige Angelegenheiten des Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland, Prof. Dr. Ingo Hofmann. Nachdem Frau Akgün von der Festnahme der provisorischen Gemeindeführung am 14. Mai diesen Jahres gehört hatte, bat sie umgehend beim iranischen Botschafter um einen Termin. Als die Parlamentarierin dann im Gespräch mit dem Botschafter immer wieder nach den Bahá'í und ihrer Situation fragte, bekam sie irgendwann die Antwort, der Iran sei groß und da käme es schon mal vor, dass Menschen verschwinden. Die Kölner Bahá'í und viele der Gäste an diesem Abend wollten das nicht einfach hinnehmen, und deshalb formulierten sie die "Kölner Erklärung", die im Folgenden zu lesen ist. Wir werden diese in den nächsten Wochen der iranischen Regierung zukommen lassen, weil wir dies den Menschen im Iran schuldig sind.

Kölner Erklärung

Seit Beginn der islamischen Revolution werden Bahá'í in Iran systematisch diskriminiert und jetzt auch wieder inhaftiert. Die provisorische Gemeindeführung wurde im Mai festgenommen. Wir fordern die iranische Regierung auf, die Menschenrechte aller im Iran lebenden religiösen Minderheiten, auch die der Bahá'í, zu achten.

Diese Regierung grenzt die Bahá'í systematisch aus, hetzt gegen sie, weil Bahá'í „unrein“ seien, entfernt ihre Kinder von Schulen, lässt ihre Jugendlichen nicht an staatlichen Universitäten studieren, Sicherheitskräfte bedrohen sie und Bahá'í werden einzig wegen ihrer Religionszugehörigkeit inhaftiert. Wir fordern die iranische Regierung auf, diese menschenverachtenden Methoden im Umgang mit Andersdenkenden einzustellen. Nicht morgen, sondern heute.

Ferner fordern wir die Bundesregierung und die EU auf, Druck auf den Iran auszuüben, damit Menschen anderer Religion, unter ihnen über 300.000 Bahá'í, ohne Gefahr für Leib und Leben existieren können.

Um iranische Bahá'í und ihre Verwandten im Iran zu schützen, werden in Deutschland lebende iranische Bahá'í diesen Aufruf nicht unterschreiben, obwohl ihnen das ein großes Anliegen

Kölner Erklärung

Geschrieben von: Administrator

Mittwoch, den 03. September 2008 um 09:35 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 03. September 2008 um 09:38 Uhr

wäre. Dafür - und das ist uns wichtig zu erwähnen - stehen Menschen verschiedenster Herkunft hinter dieser Erklärung, unter ihnen auch Christen, Juden und Muslime.

Erstunterzeichner

Claudia Roth MdB, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen; Erika Steinbach MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Florian Toncar MdB, Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages; Volker Beck MdB, menschenrechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag; Kerstin Müller MdB, außenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Staatsministerin a.D.; Josef Winkler MdB, kirchenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag; Henryk M. Broder, Publizist; Dr. Nawid Kermani, Schriftsteller und Orientalist; Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung; Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland; Martin Lessenthin, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM); Dr. Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland; Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, Lehrstuhl für Ev. Theologie am Institut für Ev. Theologie an der Universität Osnabrück; Claus-Ulrich Pröbß, Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.; Christian Zimmermann, Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV); Dr. Wahied Wahdat-Hagh, Sozialwissenschaftler; Annette van Edig, Islamwissenschaftlerin; Dr. Robert Krämer, Biochemiker; Murad Bayraktar, Journalist; Jürgen Wiebicke, Journalist; Ali Mahdjoubi, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag

[Quelle](#)